VERBRAUCHERSCHUTZ VERBINDET

VERBRAUCHERPOLITISCHE FORDERUNGEN ZUR BRANDENBURGER LANDTAGSWAHL 2024 UND FÜR DIE LEGISLATUR BIS 2029

Zwischenstand: 06. November 2023

Die Mehrheit (56 Prozent) der Brandenburger:innen blickt optimistisch in die Zukunft, dagegen sind 44 Prozent pessimistisch – so das Ergebnis des Verbrauchermonitors 2023.[1] Viele Sorgen nimmt die Verbraucherzentrale Brandenburg im täglichen Kontakt mit Bürger:innen auf. Mit landesweiter Präsenz sowie konkreter Hilfe trägt sie zu selbstbewussten Konsumentscheidungen bei und vermittelt Kompetenzen, damit jede:r Abzockern und schwarzen Schafen etwas entgegen setzen kann.

Dabei sind zentrale Themen des Verbraucherschutzes für die Menschen in ihrer aktuellen Lebenssituation sehr wichtig oder wichtig: Lebensmittel und Ernährung (91 Prozent), Energieverbrauch und Verträge (87 Prozent), Pflege und Gesundheit (87 Prozent), nachhaltiger Konsum und Klimaschutz (80 Prozent) sowie Finanzen und Versicherungen (75 Prozent).[2] Dies ist nicht verwunderlich, prägen doch nach der Corona-Pandemie diverse Herausforderungen wie Preiserhöhungen bei Energie und Lebensmitteln, die Aufnahme geflüchteter Menschen oder der Klimawandel die öffentlichen Debatten.

Bei aller Krisenbekämpfung muss die Politik bei den großen Themen Teilhabe, Digitalisierung und Umweltschutz vorangehen, verlässliche Rahmenbedingungen auch für künftige Generationen schaffen, belastbare Zukunftsszenarien entwerfen und die Menschen beim Wandel mitnehmen.

Für eine verbraucherfreundliche Politik in Brandenburg stellt die Verbraucherzentrale Brandenburg daher Forderungen in #14 zentralen Lebensbereichen an die nächste Landesregierung:

#1 ENERGIE: BEZAHLBARE UND NACHHALTIGE ENERGIEVERSORGUNG

➔ **Forderung: Haushalte angemessen entlasten und Fernwärmesektor überwachen**

Angesichts gestiegener Preise und der Belastungen für Mieter:innen und Eigenheimbesitzer:innen ist auch das Land in der Verantwortung: Es gilt, dauerhaft eine für Brandenburger:innen bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten. Neben der Beobachtung der Situation und der Preisentwicklung auf dem Strom- sowie dem Gasmarkt ist beispielsweise der monopolartige Fernwärmemarkt durch die Landeskartellbehörde zu überwachen. Um etwaige Gewinnmitnahmen zu verhindern und Fehlentwicklungen zu korrigieren, braucht es eine neue Sektoruntersuchung der Landeskartellbehörde zur Fernwärme – die letzte ist

[1] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, Repräsentative Befragung von 1.001 Brandenburger:innen ab 18 Jahren (Dual-Frame-Telefonbefragung April-Mai 2023) durch die forsa GmbH, S. 6.
[2] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 8.

bereits über zehn Jahre alt. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für konkrete Missbrauchsprüfungen und eine wirksame Überwachung.

➔ **Forderung: Private Haushalte in der Energiestrategie berücksichtigen**

Zwei Drittel der Brandenburger:innen (67 Prozent) sind aktuell unzufrieden mit der Umsetzung der Energiewende durch die Politik.[3] Das verdeutlicht, dass Verbraucher:innen mitgedacht und mitgenommen werden müssen. In seiner Energiestrategie 2040 hat das Land die Interessen von Verbraucher:innen nicht ausreichend berücksichtigt und muss dringend nachbessern: mit substanziellen Maßnahmen für private Haushalte zur Verbesserung ihrer Energieeffizienz, Senkung des Energieverbrauchs sowie zum Umstieg auf eine regenerative Energiebasis.

#2 FINANZEN: RÜCKBESINNUNG DER SPARKASSEN AUF IHRE SONDERROLLE

➔ **Forderung: Öffentliche Anforderungen im BbgSpkG festschreiben**

Kündigungswellen von für die Altersversorgung geplanten Prämiensparverträgen, Falschberechnung von Zinsen oder Schließung von Filialen: Das Geschäftsgebaren vieler Sparkassen fällt seit einigen Jahren negativ auf – und das trotz ihres Auftrags zur Daseinsvorsorge. Damit Sparkassen als Anstalten öffentlichen Rechts ihrer wichtigen Sonderrolle auch im EU-Kontext wieder gerecht werden, sollte klargestellt werden, dass Gewinnerzielung nicht Hauptzweck ihres Tuns ist. Anforderungen wie die Versorgung mit Bankautomaten und Filialen in der Fläche sowie ein Mindestangebot an verbraucherfreundlichen Produkten müssen klar im hiesigen Sparkassengesetz (BbgSpkG) verankert werden.

➔ **Forderung: Verbraucherinteressen bei der Aufsicht berücksichtigen**

Für mehr Transparenz im Sparkassenhandeln sollten Verwaltungsräte öffentlich tagen, wenn es um grundsätzliche Fragen der Geschäftspolitik oder die Verwendung etwaiger Gewinne geht. Zur konsequenten Berücksichtigung von Verbraucherbelangen bei Sparkassen muss auch die Entsendung von mit Verbraucherschutzfragen vertrauten Personen in die Verwaltungsräte ins Brandenburgische Sparkassengesetz (BbgSpkG) aufgenommen werden. Und die Landesaufsicht muss die Einhaltung solcher Vorschriften verpflichtend überwachen.

#3 DIGITALES: TEILHABE UND SICHERHEIT IN DER DIGITALEN WELT

➔ **Forderung: Digitale Infrastruktur als Daseinsvorsorge ausbauen**

Brandenburg liegt beim Breitbandausbau nach wie vor auf den hinteren Plätzen: So hat sich das Land in den letzten Jahren im Bundesländervergleich zwar leicht verbessert und liegt bei der Verfügbarkeit von 50 Mbit/s auf Platz 11, bei 30 Mbit/s auf Platz 12 von 16.[4] Sowohl weiße (Internetgeschwindigkeit <30 Mbit/s) als auch graue Flecken (30 bis 50 Mbit/s) müssen geschlossen werden. Es verwundert nicht, dass 13 Prozent der Brandenburger:innen das Internet nicht nutzen.[5] Das

[3] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 22.
[4] Vgl. Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Daten zur statistischen Auswertung der Breitbandverfügbarkeit in Deutschland aus dem Breitbandatlas, Stand 12/2022.
[5] Vgl. im Rahmen des Verbrauchermonitors der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023 erhoben, unveröffentlicht.

Land muss den Ausbau im Festnetz und Mobilfunk dringend beschleunigen, damit Verbraucher:innen in allen Regionen Brandenburgs an der digitalen Welt teilhaben können.

➔ **Forderung: Abwehr von Internetkriminalität – Betroffenen helfen sowie Fake-Shops abschalten**

Betroffene von Phishing, Datenlecks oder Identitätsdiebstahl sind auf schnelle und kompetente Unterstützung angewiesen. Doch an einer zentralen Anlaufstelle für Verbraucher:innen, die hier konkrete Hilfe bietet, fehlt es im Land Brandenburg. Denn neben einer Anzeige bei der Polizei, einer Kontaktaufnahme bei Bank oder Vertragspartnern sind meist auch eine Vielzahl technischer Maßnahmen nötig, um Bedrohungen oder weitere Schäden abzuwenden. Dagegen kommt für die rund sieben Prozent[6] der Brandenburger Internetnutzer:innen, die im vergangenen Jahr auf einen Fake-Shop hereingefallen sind, Hilfe meistens zu spät: Das Geld lässt sich häufig nicht zurückholen und die bestellte Ware kommt nicht. Hier wirkt nur eine schnelle Abschaltung von Fake-Shops – zumindest jener, die mit ihrer de-Endung besondere Vertrauenswürdigkeit suggerieren. Dazu müssen Ermittlungsbehörden (Polizei und Staatsanwaltschaft) in Brandenburg passend aufgestellt sein.

#4 MOBILITÄT: NACHHALTIGE MOBILITÄT UND ANBINDUNG IM FLÄCHENLAND

➔ **Forderung: Neue Lade- bzw. alternative Betankungsinfrastruktur konzipieren**

Ohne einen massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), von Car-Sharing- und Fahrradnetzen bleibt in vielen Regionen Brandenburgs der private Pkw für viele Menschen die einzig praktikable Mobilitätsalternative. Dabei sind eingeschränkte Reichweite sowie fehlende Lade- und Betankungsmöglichkeiten die größten Hürden für Brandenburger:innen beim Umstieg auf ein Auto mit alternativem Antrieb.[7] So kann in einem Flächenland nur mit einer völlig neu gedachten Lade- und Betankungsinfrastruktur die Energiewende auch im Verkehr gelingen. Zu dieser Transformation muss das Land ein kommunenübergreifendes Gesamtkonzept entwickeln, eine klare Ressortverantwortung festlegen und seine Mobilitäts- und Energiestrategien konkretisieren.

➔ **Forderung: Handy- und Datenempfang im ÖPNV – Funklöcher beseitigen sowie Busse & Bahnen ausstatten**

Wer in Brandenburg mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs ist, kann sich auf eine stabile Internetverbindung nicht verlassen. Damit Verbraucher:innen mobil sind und klimafreundliche Verkehrsmittel gerne nutzen, müssen auch ein guter Handy- sowie der Datenempfang im ÖPNV durchgängig gewährleistet sein. Das Land muss aktiv werden und neben einer Weiterentwicklung des Angebots öffentlicher Mobilität den lückenlosen Ausbau der Netzabdeckung sowie von WLAN in Bus und Bahn beschleunigen.

---

[6] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 14.
[7] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 25.

#5 WOHNEN: FOKUS PRIVATE HAUSHALTE

➔ **Forderung: Mieterschutz im Land ausbauen**

Private Haushalte stehen zunehmend unter Druck: angesichts steigender Wohnkosten im Verhältnis zum Haushaltseinkommen, einem immer angespannteren Immobilienmarkt sowie der Energie- und Preiskrise. Für 60 Prozent der Brandenburger Mieter:innen ist das Thema Wohnen in ihrer aktuellen Lebenssituation (sehr) wichtig.[8] Zu ihrer Unterstützung gilt es, die zivilgesellschaftlichen Strukturen des Mieterschutzes im Land Brandenburg gezielt zu stärken.

➔ **Forderung: Wohnraum für soziale Zwecke sichern – EntGBgB ergänzen**

Die Kündigung von Senior:innen im betreuten Wohnen der Burgstraße in Potsdam hatte eine intensive Diskussion über die Verdrängung sozialer Einrichtungen zur Folge. Die Politik fand keine Handhabe gegen den Betreiber – der die Appartements über das Internet unter anderem an Tourist:innen vermietete. Zum Schutz von knappem Wohnraum muss Brandenburg für solche Fälle im hiesigen Landesgesetz (EntGBgB) Enteignungen gegen Entschädigung auch zu sozialen Zwecken möglich machen. Das Bayerische Gesetz etwa macht es vor, wenn es dem Wohle der Allgemeinheit dient.

#6 VERSICHERUNG: ANPASSUNG AN KLIMAWANDEL

➔ **Forderung: Elementarschäden besser versichern**

Durch den Klimawandel nehmen Extremwetterereignisse auch in Brandenburg zu. Schäden durch Naturkatastrophen wie Überschwemmung und Starkregen sind bislang jedoch unzureichend versichert: Nur 40 Prozent der Gebäudeversicherungen in Brandenburg umfassen einen Elementarschutz, im Bundesdurchschnitt sind es 52 Prozent und beim Spitzenreiter Baden-Württemberg 94 Prozent.[9] Wer mit seinem Wohnhaus Opfer einer Naturkatastrophe wird, steht häufig vor den Scherben der eigenen Existenz. Das Land ist gefordert, Verbraucher:innen mit gezielten Maßnahmen vor Klimafolgen zu schützen und den Verbreitungsgrad von Elementarschadenversicherungen zu erhöhen.

#7 PFLEGE: ZUGANG ZU QUALIFIZIERTER PFLEGERECHTSBERATUNG

➔ **Forderung: Fachberatung Pflegerecht institutionalisieren**

Die Zahl Pflegebedürftiger steigt zunehmend im Land Brandenburg und damit einher geht auch eine hohe Zahl an Verträgen über Pflegeleistungen. Um Verbraucher:innen rechtliche Informationen beim Abschluss von Pflegeverträgen und Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu bieten, braucht es ein qualifiziertes Beratungsangebot, landesweite Marktbeobachtung zur Aufdeckung von Missständen und kollektivrechtliches Vorgehen gegen Anbieter.

[8] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 11.

[9] Vgl. Gesamtverband der Versicherer: Nur die Hälfte der Gebäude in Deutschland sind richtig gegen Naturgefahren versichert (gdv.de) (zuletzt abgerufen am 20.9.2023).

#8 LEBENSMITTEL: TRANSPARENZ BEI LEBENSMITTELKONTROLLEN

➔ **Forderung: Hygiene-Smiley an Eingangstüren von Restaurants und Supermärkten veröffentlichen**

Finden in Restaurants, Supermärkten oder Bäckereien behördliche Lebensmittelkontrollen statt, so erfahren Verbraucher:innen nicht automatisch davon. Die Ergebnisse von Kontrollen sollten an der Eingangstür und online gezeigt werden. Eine solche Veröffentlichung mit leicht verständlichem Bewertungssystem wie einem Hygiene-Smiley befürworten auch zwei Drittel der Brandenburger:innen.[10] Vorbild kann etwa das Lebensmittelüberwachungstransparenzgesetz des Landes Berlin sein.

#9 KLIMA: SCHUTZ KÜNFTIGER VERBRAUCHERGENERATIONEN

➔ **Forderung: Verbraucher:innen finanziell an der Energiewende partizipieren lassen**

Klimaschutz hat für Verbraucher:innen einen hohen Stellenwert: 80 Prozent der Brandenburger:innen geben an, dass Klimaschutz und nachhaltiger Konsum für sie (sehr) wichtig ist.[11] Doch die Verantwortung sowie die Kosten für den Klimaschutz dürfen nicht nur auf Verbraucher:innen und ihren individuellen Konsum abgewälzt werden. Stattdessen müssen konsequent Unternehmen in die Pflicht genommen und Verbraucher:innen aktiv beteiligt werden – und das auch finanziell etwa durch Wind- oder Solarparks in Bürgerhand.

➔ **Forderung: Klimaschutz vorantreiben und für Brandenburger:innen einklagbar machen**

Obwohl das Land Brandenburg sich den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens verpflichtet hat, ist es einer aktuellen Studie zufolge nicht auf dem Weg zur Klimaneutralität.[12] Dieses Versäumnis kann gravierende Folgen für die Umwelt und (Generationen künftiger) Verbraucher:innen haben. Dabei gibt es aktuell kaum Möglichkeiten, die Politik auf Landesebene zum Handeln zu verpflichten. Damit Klimaschutz verbindlich und überprüfbar wird, müssen ein Brandenburger Klimagesetz verabschiedet und Rechte einklagbar gemacht werden.

#10 TRANSPARENZ: ÖFFENTLICHE INSTITUTIONEN ALS VORBILD

➔ **Forderung: Informationsfreiheit bei staatlichen Unternehmen forcieren**

Unternehmen in kommunaler Hand wie Sparkassen oder Stadtwerke erfüllen öffentliche Aufgaben. Ihre Tätigkeit sollte für Bürger:innen transparent sein, etwa bei der Preis- und Angebotsgestaltung für Verbraucher:innen, der Geschäftsstrategie oder der Gewinnverwendung. Dazu müssen gesetzliche Einsichts- und Informationsrechte bei öffentlichen Unternehmen ernst genommen und beispielsweise neben dem Brandenburgischen Sparkassengesetz das hiesige Akteneinsichts- und Informationszugangsrecht gestärkt werden.

---

[10] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 31.
[11] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 8.
[12] Vgl. Hirschl et al. (2022), Kurzfassung des Gutachtens zum Klimaplan Brandenburg, Studie des IÖW im Auftrag des Landes Brandenburg/ MLUK, S. 8.

➔ **Forderung: Verbrauchervertretung in den rbb-Rundfunkrat – RStV ändern**

Wie wichtig der Rundfunkrat als Kontrollorgan ist, zeigte sich zuletzt bei der rbb-Krise. Das Gremium vertritt die Interessen der Brandenburger Bevölkerung und setzt sich aus Vertreter:innen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen wie Gewerkschaften, Migrant:innen oder Sozialorganisationen zusammen. Aber auch Wirtschaftslobbyisten sind zahlreich mit von der Partie. Dagegen fehlt – anders als etwa bei WDR, NDR oder ZDF – im rbb-Rundfunkrat eine Vertretung von Verbraucherbelangen. An dieser Stelle gilt es, den hiesigen Rundfunkstaatsvertrag (RStV) anzupassen.

#11 BILDUNG: VERBRAUCHERSCHUTZ IN DER SCHULE

➔ **Forderung: Verbraucherbildung systematisch verankern**

Junge Menschen müssen für den Alltag fit gemacht werden: Wie können Rechte beim Umtausch von mit Taschengeld gekauften Sneakers durchgesetzt werden? Was passiert, wenn das nächsthöhere Level bei App-Spielen über die Handyrechnung – der Eltern – erkauft wird? Sollte jemand mit einem Ausbildungsvertrag in der Tasche einen Bankkredit fürs erste Auto aufnehmen? Was im Supermarkt ist gesund, was auf Kosten der Umwelt oder zu schlechten Arbeitsbedingungen produziert? Je früher Menschen Antworten auf diese Fragen erhalten, desto selbstverständlicher lassen sie sich im alltäglichen Handeln verankern. So gilt es, dieses übergreifende Thema in Brandenburger Schulen verbindlich und prüfungsrelevant mit zusätzlichen Ressourcen zu stärken, insbesondere mit unabhängigen und praxisnahen Unterrichtsmaterialien sowie Unterstützungsangeboten für Lehrkräfte.

➔ **Forderung: Einflussnahme und Werbung beenden – BbgSchulG anpassen**

Damit Schulen ihrem öffentlichen Bildungsauftrag gerecht werden, müssen sie frei von wirtschaftlicher Einflussnahme sein. Doch Unternehmen versuchen regelmäßig, ihre Inhalte über Bildungsmaterial zu platzieren oder Markenbotschaften auch in Schulen zu verbreiten. Werbung und Sponsoring an Schulen muss verboten werden – das finden auch zwei Drittel der Brandenburger:innen.[13] So gilt es, im Brandenburger Schulgesetz (BbgSchulG) ein generelles Werbeverbot zum Schutz von Kindern und Jugendlichen zu verankern. Andere Bundesländer machen es vor.

#12 WISSENSCHAFT: VERBRAUCHERSCHUTZ „MADE IN BRANDENBURG“

➔ **Forderung: Forschungsstelle KI aus Verbrauchersicht schaffen**

Künstliche Intelligenz (KI) wie ChatGPT hat das Potential, den Menschen das Leben leichter zu machen – aber sie birgt auch Risiken. Um mit dieser Zukunftstechnologie den Alltag zu verbessern und gleichzeitig sicherer zu machen, braucht es mehr Forschung zu den Chancen und Risiken von KI für Verbraucher:innen. Brandenburg sollte sich hier nicht einseitig auf Unternehmen konzentrieren und in der Forschung die Verbraucherperspektive stärken: als Wissenschaftsstandort für

[13] Vgl. Verbrauchermonitor der Verbraucherzentrale Brandenburg 2023, S. 35.

einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz – sicher, transparent, umweltfreundlich und nicht diskriminierend.

#13 EUROPA: GRENZÜBERSCHREITENDER VERBRAUCHERSCHUTZ

➔ **Forderung: Frankfurt (Oder) zum Tor für mittel- und osteuropäischen Verbraucherschutz weiterentwickeln**

Beim grenzüberschreitenden Verbraucherschutz und bei Angeboten für Zugewanderte ist die Verbraucherzentrale Brandenburg bundesweit Vorreiterin. Diese Basis gilt es gezielt auszubauen und in Frankfurt (Oder) ein Zentrum für mittel- und osteuropäischen Verbraucherschutz zu etablieren – über die enge Beziehung zu Polen hinaus auch mit der Perspektive europäischen Verbraucherschutzes für die Ukraine.

➔ **Forderung: Mit Digimobil III von Usedom bis in die Oberlausitz beraten**

Ganz im Sinne der europäischen Idee soll der erfolgreiche Digimobil-Ansatz über die Brandenburger Landesgrenzen hinaus ausgeweitet werden. Die Verbraucherzentrale erreicht mit ihren zwei Beratungsmobilen (bislang im Norden und im Süden Brandenburgs) Menschen im ländlichen Raum und bietet persönlichen Austausch sowie Verbraucherberatung per Videochat auf Marktplätzen und vor Rathäusern. Künftig könnte auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze und bundeslandübergreifend ein weiteres Digimobil zweisprachig zu grenzüberschreitenden sowie zu deutschen und zu polnischen Verbraucherfragen Station machen.

#14 VERBRAUCHERARBEIT: BERATUNG, INFORMATION UND RECHTSDURCHSETZUNG ALS DASEINSVORSORGE

➔ **Forderung: Effiziente Rechtsdurchsetzung ausbauen**

Als einer von wenigen Verbänden bundesweit führt die Verbraucherzentrale Brandenburg mehrere Musterklagen für eine Vielzahl betroffener Verbraucher:innen. Um auch in Zukunft beispielsweise mit strategischen Gerichtsverfahren viele Brandenburger:innen bei Rechtsverstößen zu unterstützen, und um den Markt von unrechtmäßigem Anbieterverhalten zu bereinigen, muss die kollektive Rechtsdurchsetzung der Verbraucherzentrale gestärkt gefördert werden.

➔ **Forderung: Langfristige Förderung der Verbraucherzentrale sichern**

Damit Verbraucher:innen Unternehmen auf Augenhöhe begegnen können, braucht es neben einem passenden Rechtsrahmen, einer effizienten Aufsicht und funktionierender Justiz auch mutiger Verbraucherzentralen: für Hilfe zur Selbsthilfe, zur kollektiven Durchsetzung von Rechten, zur Beobachtung von Marktentwicklungen, als verbraucherpolitischer Seismograph und zur gezielten Warnung. Ihre adäquate Finanzierung muss im föderalen System jeweils mehrjährig gesichert und als Element der Daseinsvorsorge verankert werden. Nur damit kann Verbraucherschutz für alle wirken – individuell, unabhängig von Bildungs- und sozialen Voraussetzungen, egal, ob auf dem Lande oder in der Stadt, digital wie persönlich.

So kann die Verbraucherzentrale gerechte Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt verlässlich stärken. Denn Verbraucherschutz verbindet.